

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	III
Inhaltsverzeichnis .....	V
Verzeichnis der Autorinnen und Autoren .....	XIX
Abkürzungsverzeichnis .....	XXIII
Literaturverzeichnis .....	XXXI
<b>1. Kapitel Das neue Erwachsenenschutzrecht – eine Einführung .....</b>	<b>1</b>
I. Anlass und Ursachen der Reform .....	2
II. Vorgeschichte und Ziele des Reformvorhabens .....	4
III. Grundlegendes Konzept .....	5
A. Vier Säulen .....	5
B. Erwachsenenschutz im ABGB .....	6
IV. Neue Begriffsbestimmungen .....	7
A. Neue Begriffsbestimmungen im Pflschafts- und Vertretungsrecht .....	7
B. Handlungsfähigkeit – Entscheidungsfähigkeit .....	8
V. Schutz und Förderung der Autonomie Erwachsener .....	8
A. Selbstbestimmung – Grundsatz .....	8
B. Nachrang der Stellvertretung .....	9
C. Vorrang der Wünsche des Vertretenen .....	9
D. Beibehaltung der Handlungsfähigkeit .....	9
E. Erwachsenenvertreter-Verfügung .....	9
VI. Personen- und familienrechtliche Angelegenheiten .....	10
A. Allgemeine Vertretungsregel .....	10
B. Kontakt und Schriftverkehr mit Dritten .....	10
C. Betreuung .....	10
D. Wohnortänderung .....	11
VII. Medizinische Behandlung .....	11
A. Entscheidungsfähige Personen .....	11
B. Nicht entscheidungsfähige Personen .....	11
VIII. Auswahl und Dauer der Vertretung .....	11
A. Absolute Untauglichkeit .....	11
B. Auswahl des gerichtlichen Erwachsenenvertreters .....	12
C. Beginn und Fortbestand von Vorsorgevollmacht und Erwachsenenvertretung .....	12
D. Gerichtliche Intervention .....	13
IX. Rechte und Pflichten .....	13
A. Verschwiegenheitspflicht .....	13
B. Haftung und Aufwandsersatz .....	14
X. Entschädigung .....	14
XI. Gerichtliche Kontrolle .....	14
A. Vorsorgevollmacht .....	14
B. Lebenssituationsbericht .....	15
C. Vermögensverwaltung .....	15
<b>2. Kapitel Entscheidungsfähigkeit, Handlungsfähigkeit, Geschäftsfähigkeit .....</b>	<b>17</b>
I. Entscheidungsfähigkeit .....	18
A. Einführung .....	18

Deixler-Hübner/Schauer (Hrsg), HB Erwachsenenschutzrecht

V

B. Voraussetzungen der Entscheidungsfähigkeit . . . . .	19
II. Handlungsfähigkeit . . . . .	20
A. Einführung und Definition . . . . .	20
B. Neue Bedeutung? . . . . .	20
C. Spezielle Formen der Handlungsfähigkeit . . . . .	21
1. Einführung . . . . .	21
2. Testierfähigkeit . . . . .	21
3. Ehefähigkeit und Partnerschaftsfähigkeit . . . . .	21
a) Ehefähigkeit . . . . .	21
b) Handlungsfähigkeit für die Auflösung der Ehe . . . . .	23
c) Partnerschaftsfähigkeit . . . . .	24
4. Handlungsfähigkeit in Abstammungsangelegenheiten . . . . .	24
D. Handlungsfähigkeit bei Vorsorgevollmacht oder Erwachsenenvertretung . . . . .	25
1. Reformanliegen . . . . .	25
2. Grundregel . . . . .	26
3. Beurteilung der Handlungsfähigkeit . . . . .	26
4. Widersprechende Erklärungen . . . . .	26
5. Genehmigungsvorbehalt . . . . .	27
a) Grundsätzliches . . . . .	27
b) Voraussetzungen . . . . .	27
c) Umfang des Genehmigungsvorbehalts . . . . .	29
d) Genehmigungsvorbehalt und Geschäfte des täglichen Lebens bzw bloß zum Vorteil gemachte Versprechen . . . . .	31
e) Rechtsfolgen . . . . .	31
III. Geschäftsfähigkeit . . . . .	31
A. Einführung und Definition . . . . .	31
B. Rechtsgeschäftliches Handeln von nicht (ausreichend) geschäftsfähigen Volljäh- rigen . . . . .	32
1. Einführung . . . . .	32
2. Rechtliche Beurteilung . . . . .	33
a) 1. Konstellation . . . . .	33
b) 2. Konstellation . . . . .	33
c) 3. Konstellation . . . . .	33
d) 4. Konstellation . . . . .	34
e) 5. Konstellation . . . . .	35
3. Bloß zum Vorteil gemachte Versprechen . . . . .	35
4. Geschäfte des täglichen Lebens . . . . .	36
C. Rechtsgeschäftliches Handeln von Minderjährigen . . . . .	38
1. Einführung . . . . .	38
2. Minderjährige unter sieben Jahren . . . . .	38
3. Minderjährige über sieben Jahren . . . . .	39
4. Entfall des § 175 ABGB . . . . .	39
<b>3. Kapitel Vorsorgevollmacht . . . . .</b>	<b>41</b>
I. Allgemeiner Teil . . . . .	43
A. Teilnahme am Rechtsverkehr . . . . .	43
B. Auswahl und Dauer der Vertretung . . . . .	45
C. Besondere Rechte und Pflichten des Vertreters . . . . .	51
D. Personensorge . . . . .	53
1. Einwilligung in medizinische Behandlungen (Allgemein) . . . . .	54
2. Einwilligung in medizinische Behandlungen (Sonderfälle) . . . . .	57
E. Vermögenssorge . . . . .	58
F. Gerichtliche Kontrolle . . . . .	58

II. Besonderer Teil	58
A. Vorsorgefall	59
B. Wirkungsbereiche	60
C. Form	65
D. Registrierung	66
E. Exkurs: Registrierung der übrigen Vertretungsarten	70
F. Subsidiarität/gerichtliche Überwachung	71
<b>4. Kapitel Erwachsenenvertreter</b>	<b>75</b>
I. Grundlagen	77
II. Leitende Prinzipien	79
III. Die Arten der Erwachsenenvertretung im Überblick	80
IV. Der gewählte Erwachsenenvertreter	82
A. Voraussetzungen	82
1. Geminderte Entscheidungsfähigkeit	82
2. Verhältnis zu anderen Vertretungsarten	84
B. Die Person des Vertreters	85
C. Vereinbarung	87
1. Wirksamkeitsvoraussetzungen	87
2. Inhalt	89
a) Innenverhältnis	89
b) Außenverhältnis	91
D. Registrierung	97
E. Pflichten der Urkundsperson	97
V. Der gesetzliche Erwachsenenvertreter	100
A. Voraussetzungen	100
B. Die Person des Vertreters	103
C. Wirkungsbereich	104
1. Typenzwang	104
2. Vertretung in Verfahren	105
3. Persönlicher Lebensbereich	105
4. Vermögensrechtliche Angelegenheiten	106
5. Adhäsionskompetenz	107
D. Registrierung	108
VI. Der gerichtliche Erwachsenenvertreter	109
A. Voraussetzungen	109
B. Die Person des Vertreters	111
1. Allgemeines	111
2. Hierarchische Ordnung	112
a) Vorsorgebevollmächtigter, gewählter Erwachsenenvertreter, in Erwachsenenvertreter-Verfügung bezeichnete Person	112
b) Nahestehende Person	114
c) Erwachsenenschutzverein	115
d) Notar, Rechtsanwalt, Berufsanwärter oder andere geeignete Person	115
3. Priorität erforderlicher Sonderqualifikationen	115
4. Zustimmungserfordernis und Übernahmepflicht	116
C. Wirkungsbereich	117
D. Verfahren	118
E. Exkurs: Der einstweilige Erwachsenenvertreter	119
VII. Mehrheit von Vertretern	119
VIII. Eignung des Erwachsenenvertreters	120
IX. Beginn der Vertretung	120

X. Rechtsverhältnis zwischen der schutzberechtigten Person und dem Erwachsenenvertreter	120
XI. Rechtsverhältnis zu Dritten	122
A. Vertretungsbefugnis	122
B. Mängel des Bestellungsakts	123
XII. Gerichtliche Kontrolle	125
XIII. Beendigung und Übertragung	126
A. Allgemeines	126
B. Beendigung	127
1. Beendigung ohne gerichtliche Entscheidung	127
2. Beendigung aufgrund gerichtlicher Entscheidung	130
a) Ersatzlose Beendigung	130
b) Beendigung mit eventueller Neubegründung	131
C. Übertragung	132
XIV. Zeitlicher Geltungsbereich und Übergangsbestimmungen	133
<b>5. Kapitel Bestellungsverfahren nach dem 2. Erwachsenenschutz-Gesetz</b>	<b>135</b>
I. Grundsätzliches	137
II. Gliederung des Erwachsenenschutzverfahrens	137
III. Verfahrensrechte der betroffenen Person	138
IV. Ablauf des Bestellungsverfahrens	140
A. Verfahrenseinleitung	140
B. Befassung des Erwachsenenschutzvereins	142
C. Erstanthörung	144
1. Prüfung der Fortsetzung des Verfahrens	144
2. Erscheinen der betroffenen Person	145
D. Rechtsbeistand im Verfahren	147
1. Verpflichtung der Bestellung durch das Gericht	147
2. Voraussetzungen	148
3. Geeignete Personen oder Stellen	149
4. Parteistellung des Rechtsbeistands?	150
5. Bestellungsverfahren	150
6. Enthebung – Beendigung	150
E. Einstweiliger Erwachsenenvertreter	151
1. Allgemeines	151
2. Bestellung	152
3. Aufgaben	153
4. Rechtsmittellegitimation	154
F. Sachverständigengutachten	154
G. Mündliche Verhandlung	155
1. Allgemeines	155
2. Gutachtenserstattung	156
3. Beiziehung anderer Personen – Informationspflichten	156
V. Einstellung des Verfahrens	157
A. Beschlussfassung	157
B. Weitere mögliche Aussprüche des Gerichts	157
1. Ausspruch des Vorliegens der Voraussetzungen für andere Vertretungsformen	157
2. Ausspruch der Auflösung einer bestehenden Vertretung	158
C. Verständigungspflichten	158
VI. Bestellung eines Erwachsenenvertreters	158
A. Allgemeines	158
B. Bestellungsbeschluss	160
1. Inhalt	160

2. Ausspruch über einen Genehmigungsvorbehalt sowie die Beendigung einer Vorsorgevollmacht, einer gewillkürten bzw gesetzlichen Erwachsenenvertre- tung .....	160
3. Ausspruch über das Vorliegen der Voraussetzungen einer Vorsorgevollmacht, eines Vorsorgefalls und einer gewillkürten bzw gesetzlichen Erwachsenenver- tretung .....	161
C. Begründung des Bestellungsbeschlusses .....	161
D. Verfahrenskosten .....	161
E. Zustellung des Bestellungsbeschlusses – Verständigungspflichten .....	162
F. Wirksamkeit des Bestellungsbeschlusses .....	163
G. Rechtsmittel .....	164
H. Eintragung im ÖZVV und in öffentliche Bücher .....	164
I. Auskunftsrechte .....	165
VII. Rechtsstellung von Angehörigen .....	165
A. Allgemeines .....	165
B. Verständigungen .....	165
C. Anhörungen durch das Gericht .....	166
D. Rechtsmittellegitimation .....	166
VIII. Änderung, Übertragung, Erneuerung und Beendigung der gerichtlichen Erwach- senvertretung .....	167
A. Begriffe .....	167
B. Verfahrensregeln .....	167
1. Allgemeines .....	167
2. Kosten .....	168
3. Vorläufige Wirksamkeit .....	168
C. Verfahrenseinleitung – Stellung des bisherigen Erwachsenenvertreters .....	168
D. Vereinfachtes Verfahren bei Einschränkungen, Übertragungen und Beendigungen 1. Allgemeines .....	169
E. Erneuerungsverfahren .....	169
1. Allgemeines .....	169
2. Informationspflichten des Gerichts .....	170
3. Einleitung .....	170
IX. Anordnung und Aufhebung eines Genehmigungsvorbehalts .....	171
X. Berichtspflicht und Auskunftsrechte .....	171
A. Lebenssituationsbericht .....	171
B. Auskunftspflichten .....	172
XI. Gerichtliche Kontrolle von Rechtshandlungen in der Personensorge .....	173
A. Anwendungsbereich .....	173
B. Bestellung eines besonderen Rechtsbeistands .....	173
C. Medizinische Behandlung und Forschung .....	174
D. Dauerhafte Änderung des Wohnorts .....	174
<b>6. Kapitel Vermögenssorge und Vermögensverwaltung .....</b>	<b>179</b>
I. Der Weg zum geltenden Recht .....	180
A. Rechtslage vor dem KindRÄG 2001 .....	180
B. KindRÄG 2001 .....	181
C. SWRÄG 2006 .....	181
D. 2. ErwSchG .....	182
II. Mitbestimmung der vertretenen Person in der Einkommens- und Vermögensverwal- tung .....	182
A. Bisher geltendes Recht .....	182
B. Neues Recht .....	183
1. Allgemeines .....	183

2. Verständigung und Wunschermittlung .....	183
3. Berücksichtigung geäußerter Wünsche .....	184
4. Wirkung der Äußerung .....	185
5. Indirekte Wirkungen .....	185
III. Vorsorgevollmacht .....	185
IV. Materielles Recht der Einkommens- und Vermögensverwaltung .....	187
A. Erweiterte Handlungsfähigkeit .....	187
1. Bisher geltendes Recht .....	187
2. Neues Recht .....	187
3. Konsequenzen für die Verwaltungstätigkeit der Vertreter .....	188
a) Geschäftsabschlüsse bei bestehender Vertretung .....	188
b) Bankgeschäfte .....	189
c) Gerichtliche Kontrolle, Rechnungslegung .....	190
B. Gesetzliche Vorgaben für die Tätigkeit des Vertreters .....	190
1. Verwendung von Einkommen und Vermögen .....	190
2. Autonomie der vertretenen Person bei Verwendung von Geld .....	191
3. Anlegung von Mündelgeld .....	193
a) Allgemeines .....	193
b) Grundsätze .....	194
c) Veranlagungen nach den §§ 216, 217 ABGB .....	195
d) Mündelsichere Kredite und Liegenschaften .....	195
e) Andere Anlageformen .....	196
f) Umschichtung .....	197
4. Verwaltung von beweglichen Sachen und unbeweglichem Gut .....	197
5. Gerichtliche Genehmigung .....	199
6. Entgegennahme von Zahlungen .....	200
V. Gerichtliche Kontrolle; formelles Recht der Einkommens- und Vermögensverwaltung	201
A. Pflichten aller Erwachsenenvertreter zu Beginn der Vertretung .....	201
B. Überwachung durch das Gericht .....	202
1. Berichtspflichten .....	202
2. Zweck und Voraussetzungen der Überwachung .....	203
3. Mittel der Überwachung .....	204
C. Rechnungslegung .....	205
1. Allgemeines .....	205
2. Antrittsrechnung .....	207
3. Laufende Rechnung .....	207
4. Besondere Rechnungen .....	208
5. Schlussrechnung .....	208
D. Verfahren .....	209
<b>7. Kapitel Erwachsenenschutz im personen- und familienrechtlichen Bereich .....</b>	<b>211</b>
I. Grundsätze bei der Vertretung in personenrechtlichen Angelegenheiten .....	212
A. Primärer Grundsatz der Selbstvertretung .....	212
B. Zentraler Aspekt der Entscheidungsfähigkeit .....	212
II. Personensorge .....	213
A. Faktische Personensorge .....	213
1. Pflege und Betreuung .....	213
2. Kontaktpflicht .....	214
3. Verschwiegenheitspflicht .....	215
B. Vertretungshandlungen in der Personensorge .....	215
III. Begriffe der personen- und familienrechtlichen Angelegenheiten .....	216
IV. Sonderbestimmungen in der Personensorge .....	217
A. Persönlicher Verkehr und Briefverkehr .....	217

B. Dauernde Wohnortänderung .....	217
V. Familienrechtliche Angelegenheiten .....	219
A. Obsorgeangelegenheiten .....	219
B. Abstammungsangelegenheiten .....	219
C. Adoptionsangelegenheiten .....	220
D. Erbrechtliche Angelegenheiten .....	221
E. Ehe- und Partnerschaftsangelegenheiten .....	222
1. Eingehen einer Ehe bzw eingetragenen Partnerschaft .....	222
2. Nichtigkeit und Aufhebbarkeit der Ehe .....	223
3. Scheidung der Ehe .....	224
a) Einvernehmliche Scheidung .....	224
b) Streitige Scheidung .....	224
aa) Scheidungsbegehren und Scheidungsklage .....	224
bb) Prozessfähigkeit .....	227
cc) Scheidung aus den Gründen der §§ 50 ff EheG .....	228
F. Namensänderung .....	229
1. Allgemeines .....	229
2. Entscheidungsfähigkeit .....	229
3. Anhörungserfordernisse .....	230
<b>8. Kapitel Die Entscheidungskompetenz für ärztliche Eingriffe bei einwilligungsunfähigen Erwachsenen .....</b>	<b>231</b>
I. Die Genese der §§ 252 ff ABGB (idF des 2. ErwSchG) .....	233
II. Einwilligung und Einwilligungsfähigkeit .....	235
A. Der einwilligungsfähige Patient hat die Behandlungshoheit .....	235
B. Die Rechtsnatur der Einwilligung .....	236
C. Das Verhältnis von Einwilligung und medizinischem Behandlungsvertrag .....	237
D. Die Einwilligungsfähigkeit als Teilaspekt der Handlungsfähigkeit .....	237
1. Rechtsentwicklung und Gesetzgebung .....	237
2. § 24 Abs 2 ABGB: Die Einwilligungsfähigkeit wird zur Entscheidungsfähigkeit .....	238
3. Kasuistiken .....	241
4. Das Verhältnis von Einwilligungsfähigkeit und Geschäftsfähigkeit .....	242
III. „Medizinische Behandlung“ iSd § 252 Abs 1 Satz 2 ABGB .....	243
IV. Die Pflicht des Arztes, einen „Unterstützterkreis“ einzuberufen .....	244
V. „Not kennt kein Gebot“? .....	245
VI. Die medizinische Behandlung einwilligungsunfähiger Patienten, die von einem gesetzlichen Vertreter (§ 1034 Abs 1 Z 2 und 3 ABGB) mit dem Aufgabenkreis „medizinische Behandlung“ vertreten werden .....	247
A. Die Einwilligung des gesetzlichen Vertreters .....	247
B. Der gesetzliche Vertreter im Konflikt mit dem natürlichen Willen des einwilligungsunfähigen Patienten – pflegschaftsgerichtliche Entscheidungszuständigkeit .....	249
1. Der gesetzliche Vertreter willigt in die medizinische Behandlung ein, aber der Patient ist nicht „compliant“ .....	249
2. Der Patient will behandelt werden, aber sein gesetzlicher Vertreter verweigert die Einwilligung .....	252
C. Der gesetzliche Vertreter des nicht äußerungsfähigen Patienten im Konflikt mit der Behandlungsseite – pflegschaftsgerichtliche Entscheidungszuständigkeit? .....	252
VII. Sterilisation einwilligungsunfähiger Frauen .....	255
VIII. Der sog „Heilversuch“ .....	257
IX. Verfahrensrechtliche Besonderheiten .....	258
<b>9. Kapitel Entschädigung, Entgelt und Aufwandsersatz .....</b>	<b>261</b>
I. Der Weg zum geltenden Recht .....	262

## Inhaltsverzeichnis

---

A. KindRÄG 2001 .....	262
B. SWRÄG 2006 .....	262
C. 2. ErwSchG .....	263
II. Zur Höhe der Entschädigung .....	263
A. Die „Berechnungsformel“ des neuen § 276 Abs 1 ABGB .....	263
B. Einkünfte und Vermögen als Bemessungsgrundlage .....	264
1. Einkünfte .....	264
2. Vermögen .....	268
C. Anpassung an die Umstände des Einzelfalls – Abs 2 .....	270
1. Allgemeines .....	270
2. Minderung .....	271
3. Erhöhung .....	272
III. Entgelt nach Abs 3 .....	273
A. Allgemeines .....	273
B. Einzelfälle .....	274
C. Verfahrenshilfe .....	276
D. § 10 ZPO .....	276
IV. Aufwändersatz nach Abs 4 .....	278
V. Belastbarkeitsgrenze .....	279
VI. Verfahren .....	282
VII. Sonstiges .....	284
A. Fälligkeit .....	284
B. Verjährung .....	285
C. Verzicht .....	285
D. Übergangsbestimmungen .....	285
E. Andere Vertreter .....	286
F. Berücksichtigung in Verlassenschaften .....	287
<b>10. Kapitel Haftung des Erwachsenenvertreters .....</b>	<b>289</b>
I. Allgemeines .....	289
II. Amtshaftung und Haftung Dritter .....	290
III. Keine Haftung gegenüber Dritten .....	290
IV. Rechtswidrigkeit und Sorgfaltsmaßstab .....	291
V. Gehilfenhaftung .....	292
VI. Schaden .....	293
VII. Mäßigung .....	293
VIII. Geltendmachung und Verjährung .....	294
<b>11. Kapitel Erwachsenenschutz und Bankverträge .....</b>	<b>295</b>
I. Einleitung und Ausgangsfall .....	295
II. Besondere Risiken für Kreditinstitute .....	298
A. Zahlungsverkehr .....	298
B. Kredit und dessen Besicherung .....	301
C. Verpflichtung der Bank zur Auftragsdurchführung .....	301
III. Anlagegeschäfte .....	303
IV. Weitere bankrechtliche Themen der Novelle .....	305
A. Abwicklung von Geschäften des täglichen Lebens über Zahlungskonto .....	305
B. Betreutes Konto .....	305
<b>12. Kapitel Erwachsenenschutz und Unternehmensrecht .....</b>	<b>309</b>
I. Übersicht .....	310
A. Relevanz des Themas .....	310
B. Erwachsenenschutzverein und Vorsorgevollmacht .....	310



C. Erweiterung der gesetzlichen Erwachsenenvertretung .....	313
II. Einzelunternehmen .....	315
A. Vorsorgevollmacht .....	315
B. Erwachsenenvertretung .....	316
III. Gesellschaftsrecht .....	317
A. Zentrale Themen .....	317
B. Eingetragene Personengesellschaften .....	317
1. Vertretung und Geschäftsführung .....	317
a) Grundlagen .....	317
b) Vorsorgevollmacht .....	318
c) Konkurrierendes Handeln .....	319
d) Abwehrstrategien .....	320
2. Stimmrecht und Informationsrecht .....	320
a) Allgemeines .....	320
b) Folgerung für Vorsorgevollmacht und Erwachsenenvertretung .....	321
C. Kapitalgesellschaften .....	323
1. Handlungsorgan .....	323
a) Aktiengesellschaft .....	323
b) GmbH .....	323
2. Aufsichtsrat .....	325
3. Stimmrecht .....	325
a) Aktiengesellschaft .....	325
b) GmbH .....	326
<b>13. Kapitel Erwachsenenvertretung und Verwaltungsrecht .....</b>	<b>329</b>
I. Einleitung .....	329
II. „Geschäftsfähigkeit“ im Verwaltungsrecht .....	330
III. Der nachträgliche Verlust der Geschäftsfähigkeit .....	332
IV. Primäre Maßgeblichkeit der besonderen Verwaltungsvorschriften .....	332
V. Konkurrierende Handlungskompetenzen .....	333
VI. Grundrechtliche Vorgaben? .....	334
VII. Geschäftsfähigkeit und Insolvenz .....	335
VIII. Materielles Recht und Verfahrensrecht .....	335
IX. Kollisionsrecht .....	337
X. Gesetzlicher Vertreter und gewillkürter Vertreter .....	337
XI. Aus der Perspektive der Verwaltung .....	339
XII. Das NÄG als Paradigma .....	340
XIII. Aufgaben der Verwaltung .....	341
XIV. Amtshaftung .....	343
<b>14. Kapitel Internationales Erwachsenenschutzrecht .....</b>	<b>345</b>
I. Allgemeines .....	346
II. Internationale Zuständigkeit .....	350
A. Haager Übereinkommen über den internationalen Schutz Erwachsener .....	351
B. Bilaterale Abkommen .....	353
C. Nationales Zuständigkeitsrecht .....	354
III. Anwendbares Recht .....	355
A. Das durch Art 13ff HESÜ berufene Recht .....	356
1. Gerichtlicher und behördlicher Schutz .....	357
2. Vorsorgevollmacht .....	357
3. Aufhebung der Vertretungsmacht .....	359
4. Gutgläubenschutz (Art 17 HESÜ) .....	359
B. Sonstige Anknüpfungen im nationalen und supranationalen IPR .....	360

1. Gesetzliche Vertretung .....	360
2. Gewählte Erwachsenenvertretung .....	361
3. Patientenverfügung .....	362
4. Zurechnung von Handlungen .....	363
C. Formfragen .....	363
IV. Anerkennung und Vollstreckung .....	364
A. Haager Übereinkommen über den internationalen Schutz Erwachsener .....	365
B. Bilaterale Abkommen .....	365
C. Nationales Recht .....	366
V. Zusammenarbeit zwischen Staaten .....	367
VI. Ordre public .....	367
<b>15. Kapitel Kuratoren .....</b>	<b>369</b>
I. Die – historischen – Verbindungen zwischen dem Recht der Kuratoren und dem Erwachsenenschutzrecht .....	370
II. Die Bestellungs Voraussetzungen .....	373
A. Allgemeines .....	373
B. Der Posteritätskurator (§ 277 Abs 1 Z 1 ABGB) .....	375
C. Der Kurator für die Leibesfrucht (§ 277 Abs 1 Z 2 ABGB) .....	376
D. Der Abwesenheitskurator (§ 277 Abs 1 Z 3 ABGB) .....	376
1. Der Abwesende ist am Leben .....	377
2. Namentlich bekannte Person .....	378
3. Mangel eines anderen Vertreters .....	379
4. Abwesenheit .....	380
5. Gefährdung der Rechte des Abwesenden durch Verzug .....	381
E. Der Kurator für unbekannte Teilnehmer an einem Geschäft (§ 277 Abs 1 Z 4 ABGB) .....	382
F. Der Kollisionskurator (§ 277 Abs 2 ABGB) .....	383
1. Allgemeines .....	383
2. Vertretungsbedarf der Person .....	383
3. Angelegenheiten iSd § 277 Abs 2 ABGB, die eine Bestellung erfordern .....	384
4. Interessenkollision .....	385
G. Der Abwesenheitskurator oder Kurator für unbekannte Teilnehmer an einem Ge- schäft, wenn andernfalls Rechte Dritter gehindert wären (§ 277 Abs 3 ABGB) ..	387
III. Auswahl, Bestellung und Wirkungsbereich des Kurators .....	388
A. Bestellungsbeschluss als Grundlage für den Wirkungsbereich .....	388
B. Auswahl des Kurators .....	389
C. Bestellung einer juristischen Person .....	392
D. Ablehnungsgründe .....	392
IV. Rechte und Pflichten des Kurators .....	394
A. Allgemeines .....	394
B. Besondere Rechte und Pflichten des Kurators .....	395
C. Verschwiegenheitspflicht .....	395
D. Die Haftung des Kurators .....	396
V. Die vermögensrechtlichen Ansprüche des Kurators .....	396
A. Die Schaffung einer eigenen Bestimmung für die vermögensrechtlichen Ansprü- che des Kurators .....	396
B. Die Entschädigung .....	396
1. § 283 ABGB als Grundlage .....	396
2. Umsatzsteuer .....	398
3. Berücksichtigung von Verbindlichkeiten .....	399
C. Entgelt und Aufwandsersatz .....	400
VI. Änderung und Beendigung der Kuratel .....	400

<b>16. Kapitel Das Erwachsenenschutzrecht aus Sicht des Notars</b> . . . . .	401
I. Historisches/Das Notariat und die gesetzlich „Schutzbefohlenen“ . . . . .	402
A. Die Schutzverheißung des § 21 ABGB und deren Berührungspunkte mit der notariellen Tätigkeit . . . . .	402
B. Das Notariatsaktsgesetz als historische „Erwachsenenschutz-Vorschrift“ . . . . .	403
C. Das „Curanden- und Cridataren-Verzeichniß“ als Vorgänger des ÖZVV . . . . .	404
D. Weitere Berührungspunkte zwischen Notariat und schutzbefohlenen Personen . . . . .	405
E. Enge Verwobenheit des Notarberufes mit der gesetzlichen Fürsorge für schutzberechtigte Personen . . . . .	405
II. Die „Schutzbefohlenen“ nach dem 2. ErwSchG . . . . .	406
A. Einklang zwischen § 24 ABGB und § 52 NO – Bedeutung der Entscheidungsfähigkeit . . . . .	406
B. Beurteilung der Entscheidungsfähigkeit der annehmenden Partei bei Adoptionen . . . . .	408
C. Vorgehensweise des Notars im Rahmen der Prüfung der Entscheidungsfähigkeit . . . . .	409
D. „Mobilisierung“ entscheidungsfähiger Parteien in ihren Fähigkeiten . . . . .	411
III. Bisheriges Sachwalterrecht und Notariat . . . . .	413
A. „Überschießende“ Sachwalterbestellungen . . . . .	413
B. Subsidiarität der Sachwalterbestellung und Alternativen . . . . .	414
C. Berührungspunkte zwischen Notariat und Erwachsenenschutz . . . . .	415
1. Der Notar als Urkundsperson – Umfang der Prüfungspflicht des § 52 NO . . . . .	416
2. Notare als bestellte Erwachsenenvertreter – Ablehnungsverbot . . . . .	418
3. Zurückdrängen der Zahl der Sachwalterschaften – Notare als Erwachsenenvertreter . . . . .	421
IV. Die Vorsorgevollmacht . . . . .	425
A. Bisherige Rechtslage und notarielle Praxis . . . . .	425
1. Anwendungsbereich . . . . .	425
2. Alternative zur Erwachsenenvertreterbestellung/Wirksamkeitserfordernisse . . . . .	426
3. Flexible Anwendbarkeit . . . . .	428
B. Die Vorsorgevollmacht nach dem 2. ErwSchG . . . . .	429
1. Erster Berührungspunkt – die Errichtung der Vorsorgevollmacht . . . . .	429
2. Zweiter Berührungspunkt – das Wirksamwerden der Vorsorgevollmacht . . . . .	431
<b>17. Kapitel Einige Anmerkungen einer anwaltlichen Erwachsenenvertreterin</b> . . . . .	435
I. Einleitung . . . . .	435
II. Anwaltliche Mitwirkung an der Errichtung und Registrierung von Erwachsenenvertreter-Verfügungen, Vorsorgevollmachten, gewählten und gesetzlichen Erwachsenenvertretungen . . . . .	435
III. Rechtsanwälte als Vorsorgebevollmächtigte und Erwachsenenvertreter . . . . .	436
A. Liste besonders geeigneter Rechtsanwälte nach § 28 Abs 1 lit o RAO . . . . .	436
B. Rechtsanwälte als gerichtliche Erwachsenenvertreter . . . . .	437
1. Bestellung auch zwangsweise . . . . .	437
2. Finanzielle Rahmenbedingungen . . . . .	439
3. Vertretene Personen und Wirkungsbereiche . . . . .	440
C. Anwaltliche Vorsorgebevollmächtigte . . . . .	441
<b>18. Kapitel Das neue Erwachsenenschutzrecht aus Sicht des Pflegschaftsgerichts</b> . . . . .	443
I. Historische Entwicklung: Von der Entmündigungsordnung zum 2. Erwachsenenschutz-Gesetz . . . . .	444
II. Wichtige Änderungen im materiellen Recht . . . . .	447
A. Die vier Säulen . . . . .	447
1. Allgemeines . . . . .	447
2. Kein automatischer Verlust der Geschäftsfähigkeit . . . . .	447
3. Prüfung im Einzelfall . . . . .	449

## Inhaltsverzeichnis

B. Genehmigungsvorbehalt	450
1. Voraussetzungen für die Anordnung	450
2. Umfang des Vorbehaltsbereichs	450
3. Verfahren	451
4. Genehmigungsvorbehalt bei Alltagsgeschäften	452
C. Der gerichtliche Erwachsenenvertreter	452
1. Voraussetzung der Bestellung	452
2. Wirkungsbereich der Vertretung	453
3. Wirkungsdauer der Vertretung	453
4. Entschädigung, Entgelt und Aufwandsersatz	454
D. Instrumente der gerichtlichen Kontrolle	458
1. Gerichtliche Genehmigung	458
2. Berichtspflichten	459
3. Gerichtliche Aufsicht über die Vermögensverwaltung	459
a) Rechnungslegungspflicht	459
b) Überwachungspflicht	459
4. Gerichtliche Missbrauchskontrolle nach Errichtung der Vertretung – Popularanregung	460
E. Auswirkungen der Vertreterbestellung	460
1. Obsorge	460
2. Eheangelegenheiten	461
III. Wichtige Änderungen im Verfahrensrecht	462
A. Verfahrensrechte und Rechtsbeistand	462
B. Clearing, Erstanhörung	463
C. Rechtsbeistand, einstweiliger Erwachsenenvertreter	463
D. Sachverständigengutachten, mündliche Verhandlung	464
E. Einstellung des Verfahrens	465
F. Bestellung des gerichtlichen Erwachsenenvertreters	465
1. Eignung	465
2. Eintragung und Verständigung	467
3. Angehörige	467
<b>19. Kapitel Das neue Erwachsenenschutzrecht aus Sicht der Vereine</b>	469
I. Allgemeines	469
II. Gesetzwerdungsprozess	470
III. Novellierung HeimAufG	472
A. Bisherige Regelungsdefizite	472
B. Kinder und Jugendliche mit Behinderung	475
C. Rechtslage nach dem 2. ErwSchG	477
D. Praxisrelevante Fragestellungen	478
IV. Änderungen im Bereich Sachwalterschaft – Das neue ErwSchG im Vergleich zum Sachwalterrecht	478
A. Fundamentale Änderung	478
B. Priorität der selbst gewählten Vertretungsform	483
C. Vereine im Dienste des Erwachsenenschutzrechts	487
D. Vorhandene Unterstützungsmöglichkeiten als Schlüssel für den Erfolg des Gesetzes	488
<b>20. Kapitel Die Erwachsenenschutzvereine</b>	491
I. Vom Sachwalterverein zum Erwachsenenschutzverein	491
II. Die Aufgaben des Erwachsenenschutzvereins	492
III. Kriterien für die Eignung als Erwachsenenschutzverein	494
IV. Konsequenzen für die Ausgestaltung der Vereinsstatuten	495

V. Zu den nach dem Vereinsgesetz notwendigen Bestandteilen der Vereinsstatuten . . . .	495
VI. Die Statuten eines Erwachsenenschutzvereins unter Berücksichtigung der Vorgaben des ErwSchVG . . . . .	496
A. Vereinsname . . . . .	497
B. Vereinssitz . . . . .	497
C. Klare und umfassende Umschreibung des Vereinszwecks . . . . .	497
D. Die Mittel des Vereins . . . . .	498
1. Für die Verwirklichung des Zwecks vorgesehene Tätigkeiten . . . . .	498
2. Art der Aufbringung finanzieller Mittel . . . . .	498
E. Bestimmungen über den Erwerb und die Beendigung der Mitgliedschaft . . . . .	498
F. Rechte und Pflichten der Vereinsmitglieder . . . . .	499
G. Organe des Vereins und ihre Aufgaben, Angabe, wer die Geschäfte des Vereins führt und wer den Verein nach außen vertritt . . . . .	499
H. Art der Bestellung der Vereinsorgane und die Dauer ihrer Funktionsperiode . . .	501
I. Erfordernisse für gültige Beschlussfassungen durch die Vereinsorgane . . . . .	502
J. Art der Schlichtung von Streitigkeiten aus dem Vereinsverhältnis . . . . .	502
K. Bestimmungen über die freiwillige Auflösung des Vereins und die Verwertung des Vereinsvermögens im Fall einer solchen Auflösung . . . . .	502
<b>Stichwortverzeichnis . . . . .</b>	<b>505</b>